

**Niederschrift**  
**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz-,  
Bau- und Vergabeausschusses der Verbandsgemeinde**

---

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 28.01.2021
Beginn:	18:30 Uhr
Ende	20:10 Uhr
Ort, Raum:	06311 Helbra, Thomas-Müntzer-Straße 2, Saal im "Landgasthaus Zur Sonne"

**Anwesend:**

Vorsitzender

Herr Norbert Born

Mitglieder

Herr Michael Ahlig  
Herr Gerhard Blume  
Herr Alfred Böttge  
Herr Jürgen Colawo  
Herr Matthias Klenner  
Herr Karsten Patz  
Herr Thomas Stock  
Herr André Strobach  
Herr Uwe Tempelhof  
Herr Gunter Wakan  
Herr Uwe Wischalla

Verwaltungsbedienstete

Frau Stephanie Kästner  
Frau Sabine Rathmann  
Frau Claudia Renner  
Herr Meinolf Thorak

**Abwesend:**

Mitglieder

Herr Andreas Zinke

Gäste

Herr Lars Rose  
Herr Mario Zanirato

## **Protokoll:**

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden**

Der **Vorsitzende** eröffnete die Sitzung um 18:30 Uhr und begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder, Mitarbeiter der Verwaltung und die Presse.  
Er wünschte allen ein gesundes neues Jahr.

### **zu 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Der **Vorsitzende** stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.  
Mit 11 von 13 Ausschussmitgliedern zu Sitzungsbeginn war der Ausschuss beschlussfähig.

### **zu 3 Änderungsanträge zur vorliegenden Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Ein Antrag der AfD-Fraktion vom 22.01.2021 ist am Montag per Post eingegangen.  
**Antrag: Jährliches Ansteigen des absoluten Betrages der Verbandsgemeindeumlage im Haushaltsplan 2021 stoppen – Mitgliedsgemeinden mehr finanzielle Eigenmittel belassen.**  
**Herr Born** sagte dazu, der Antrag wird im TOP 8 zum Haushalt 2021 behandelt.

Weiter Änderungsanträge zur Tagesordnung lagen nicht vor.

**Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form festgestellt.**

### **zu 4 Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung vom 19.11.2020**

Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung wurden nicht geltend gemacht.

**Die Niederschrift ist somit genehmigt.**

### **zu 5 Bekanntgabe der Ergebnisse der Beschlussvorlagen des nichtöffentlichen Teiles der letzten Sitzung vom 19.11.2020**

Es wurden keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst.

### **zu 6 Bericht über den Bearbeitungsstand der Beschlüsse und Festlegungen der letzten Sitzung 19.11.2020**

Es wurden keine Beschlüsse gefasst.

Herr Born verlas die Anliegen an die Verwaltung zum Beschlussvorschlag VBG/BV/099/2020:

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschusses der Verbandsgemeinde vom 28.01.2021  
Seite 2

- Die Mitglieder des Verbandsgemeinderates wurden aufgefordert, Vorschläge an die Verwaltung zu unterbreiten, um Einsparungen zum Haushalt 2021 zu ermöglichen. Besprechungen diesbezüglich, sollen mit den Fraktionsvorsitzenden durchgeführt werden.
- Die Notwendigkeit von Maßnahmen bitte prüfen.
- Am 10.12.2020 (VBGR) wurde der Beschlussvorschlag wieder an den Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss verwiesen.

## zu 7 Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner anwesend.

Anfragen von Einwohnern lagen nicht vor.

- **Herr Ahlig nahm ab 18:34 Uhr an der Sitzung teil.**  
Somit waren 12 von 13 Ausschussmitgliedern anwesend.

## zu 8 Haushaltssatzung 2021 Vorlage: VBG/BV/099/2020

### Ausführungen und Diskussion:

**Frau Renner** teilte zu den Fragen der letzten Sitzung des Verbandsgemeinderates, Austauschblätter aus und erläuterte diese.

Es wurden einige Umlagevarianten besprochen. Die Variante 5 würde den Ergebnishaushalt ausgleichen und den Finanzhaushalt aber nicht.

Bei der Variante NEU mit 42,53 v.H. kann der Ergebnisplan ausgeglichen werden aber im Finanzplan besteht ein Defizit.

Aus Sicht der Verwaltung ist keine Einsparung mehr möglich, der Haushalt 2021 wurde bestmöglich überarbeitet.

**Herr Born** sagte, wir sollten den Haushalt beschließen um die Genehmigung bei der Kommunalaufsicht zu beantragen. Die Kommunalaufsicht sollte den Haushalt genehmigen können. Er setzt auf das Verständnis der Gemeinderäte, wohlwissend dass dies ein Kompromiss ist.

**Herr Tempelhof** erwähnte, dass seit Jahrzehnten im Haushalt schwerfällig verhandelt wird. Es ist ein hin und her schieben, aber der Mangel an Finanzen wird nicht gelöst.

**Herr Patz** fragte zu den Bewirtschaftungskosten nach, was im Einzelnen eingespart wird. **Frau Renner** antwortete dazu, die einzige Einsparung von 15.000,00 € war in der Kita Blankenheim. Weiterhin wird auf einzelne Baumaßnahmen und Renovierungen verzichtet.

Weiter sprach Herr Patz zu Einsparungen die getätigt werden, aber nie tatsächlich da waren, wie die Stelle Fachdienstleiter Ordnungsamt. Er bemerkte, unbesetzte Stellen werden zurückgehalten.

**Herr Born** drückte aus, dass der 1. Entwurf zum Haushaltsplan 2021 eine Art Wunschplan, und der 2. Entwurf das Ergebnis einer Überarbeitung durch die Fachdienste war. Es gab keine Erhöhung der Stellenanzahl und es wurde keine Neubesetzung oder Neueinstellung eingeplant. Investitionen wurden teilweise gestrichen bzw. verschoben.

Die in den Entwurfsunterlagen enthaltenen Fehlbeträge können nur durch das Streichen freiwilliger Aufgaben oder die Reduzierung von Pflichtaufgaben realisiert werden.

**Herr Klenner** gab Herrn Tempelhof Recht, die finanzielle Ausstattung ist zu gering bemessen. Er kritisierte, dass einige Sachen verschoben werden aber dadurch keine wirkliche Einsparung erwirkt wird, denn die Sachen werden nur später erledigt und könnten dann zum späteren Zeitpunkt teurer ausfallen. Er fragte nach, wo wir einsparen und nicht verschieben können, das eventuell dann zum Tag X Mehrkosten vermieden werden. Wir erhalten die Kita Blankenheim und belasten den Haushalt, die Kitabeiträge sind für alle Kitas gleich und strapazieren unseren Haushalt, sagte er weiter. Abschließend fragte er nochmals nach Einsparungspotential. Er würde den Kindern und Eltern gern die Beiträge für die Kita schenken, was wir aber leider nicht realisieren können.

**Herr Wakan** sagte, man müsse einen Maximalwert im Haushalt ansetzen und dann herunterrechnen was wirklich wichtige Maßnahmen sind. Er beurteilte die Tabelle zu den Bewirtschaftungskosten als gut. Zur Erstellung des Haushaltsplanes müssen auch mal unbequeme Fragen gestellt und unangenehme Entscheidungen getroffen werden. Es sollte geprüft werden ob Dinge zusammengefasst werden können und freiwillige Leistungen müssen auf den Prüfstand. Er sprach sich dafür aus, das ganze Jahr weiter über den Haushalt zu reden.

**Herr Blume** erwähnte, schon seit ca. 30 Jahre seiner Arbeit in den Gremien, tritt das Problem zur Haushaltsplanerstellung immer im Dezember auf und dann nur kurz angesprochen wird. Das Hauptproblem sagte er, ist die Erstellung des Plans und danach muss an den Punkten weiter gearbeitet werden.

Die Bewirtschaftungskosten sind zu prüfen, was ist angemessen und was ist z. B. eine Grundaustattung. Er spricht sich weiter für gleiche Beiträge in den Kitas aus. Es muss ein Kompromiss geschaffen werden, der Ergebnisplan ist finanzierbar und was wird mit dem Finanzplandefizit, wie kann es behoben werden, fragte er. Weiterhin erwähnte er, dass die Grundschulen früher im Haushalt der Gemeinden angesetzt wurden. Er schlug vor, die Variante mit 42,53 v. H. als Ansatz zu wählen und mahnte gleichzeitig an, das ganze Jahr am Haushaltsplan weiter zu arbeiten.

**Herr Tempelhof** bestätigte auch, als die Schulen noch in den einzelnen Gemeinden angesetzt wurden, gab es höhere Zuweisungen als jetzt in der Verbandsgemeinde.

**Herr Strobach** ist der Meinung wie Herr Blume und befürwortet auch die Variante mit 42,53 v.H. auszuwählen. Er sagte, wir können unseren Bürgern schon nicht viel bieten und sollten sie nicht noch mehr mit Gebühren und Steuern belasten.

**Herr Klenner** stellte fest, es wird beim Geld in der Gesamtsumme nachgegeben, wie im letzten Jahr. Falls die Kita in Blankenheim von den Kindern nicht angenommen wird, muss reagiert werden.

**Herr Böttge** sagte, es ist schwierig Einsparungen vorzunehmen, besonders bei freiwilligen Aufgaben. Der Abwanderung von Bürgern ist schwer entgegenzuwirken, da das gesellschaftliche Leben derzeit und mit den gegebenen Mitteln schwierig zu gestalten ist, bemerkte er. Hierbei sind besonders Geschäfte, Ärzte, Kitas, Freizeitbetätigungsmöglichkeiten und ähnliche Institutionen von Bedeutung. Er schließt sich auch der Meinung von Herrn Blume an und hält die Variante mit den 42,53 v. H. für realistisch. Die Ergebnisse der Vorjahre sollten verglichen werden um festzustellen, was positiv zu verändern ist, sagte er.

**Herr Wakan** merkte an, das seine Fraktion nicht gegen freiwillige Aufgaben ist. Weiter sagte er, wenn mehr Defizite auf die Bürger umgelegt werden, wird es Konsequenzen geben.

**Herr Böttge** erwähnte, er habe damals eine Gemeinde mit einem Schuldenberg übernommen. Weiter brachte er ein Beispiel für Unterstützungen an, ohne Vereinsförderung können sich beispielsweise keine Chöre bilden. Die Infrastruktur und Kitas sind wesentliche Aspekte für den Zuzug von Bürgern. Aber auch die Arbeitslosigkeit in der Region, beeinträchtigt die Ansiedlung von Bürgern. Er stellte fest, jedes Jahr gibt es die gleiche Diskussion, die Finanzausstattungen der Kommunen sind zu gering.

**Herr Wischalla** sagte, wir müssen Pflichtaufgaben von freiwilligen Aufgaben unterscheiden.

**Herr Born** bedankte sich für die angeregte Diskussion. Er bedauerte allerdings, dass kein konkreter Vorschlag zum Haushalt 2021 eingegangen ist, außer von der Verwaltung. Er stellte wiederholt die Frage, was denn noch gestrichen werden sollte.

Weiter bemerkte er, dass die Verbandsgemeinde 2010 gegründet wurde, damit eine gewisse Eigenständigkeit der Gemeinden bewahrt werden konnte. Einhergehend mit dieser Willensbekundung stand der Beschluss zu einer solidarischen Umlage zur Finanzierung der gemeinsamen Aufgaben.

So wurden z. B. im letzten Jahr der Neubau des Feuerwehrgebäudes in Ahlsdorf abgeschlossen und 2 neue Feuerwehrfahrzeuge angeschafft.

Unsere Pflichtaufgaben sind zu erfüllen, erwähnte Herr Born.

**Herr Wischalla** meinte, er kann die Lösung der Dinge nicht finden. Er ist der Meinung, Entscheidungsgrundsätze sind hier gefordert.

**Herr Born** antwortete darauf, es sollten Beiträge in die Ausschüsse gebracht werden.

**Herr Ahlig** teilte mit, er könne auch keinen konkreten Vorschlag unterbreiten. Er spricht sich auch für gleiche Kita-Beiträge aus. Er erwähnte, die Kita in Bornstedt wünscht sich eine Fußbodenerneuerung, was leider im Moment nicht umgesetzt werden kann. Er sprach die Unterfinanzierungen der Gemeinden, der Verbandsgemeinde und vom Kreistag an. Die Situation wird nicht besser sagte er, man müsse auch mal Klage erheben.

**Herr Colawo** widerlegte, dass keine Vorschläge eingegangen seien, denn die Tätigkeitsbeschreibungen der Mitarbeiter und die erzielten Einnahmen vom Ordnungsamt wurden angefordert.

**Herr Born** antwortete, dass die Stellenbewertungen nicht kurzfristig möglich sind.

**Herr Tempelhof** sagte, es ist die Aufgabe des Gremiums, was die Verwaltung vorlegt müssen wir bearbeiten.

- **Die Verwaltung wird beauftragt, eine Übersicht der Einnahmen vom Ordnungsamt zu erstellen sowie die Bescheide und deren Realisierung darzustellen.**

Er merkte weiterhin an, z. B. auf der Autobahn wird bei einer Ordnungswidrigkeit auch nicht gezögert und ein Ordnungsgeld verhängt.

Anschließend fragte er nach einer Übersicht der Feuerwehrfahrzeuge.

**Frau Renner** teilte hierzu eine Fuhrparkübersicht aus dem letzten Ausschuss OSB der VBG aus und gab eine kurze Erläuterung.

**Herr Wakan** sprach 300.000,00 € an. Er erwähnte den Antrag aus dem letzten Jahr, in dem die Verbandsgemeinde das Land anschreiben sollte, um höhere Zuweisungen zu bekommen.

Die AfD-Fraktion ist der Meinung, der Haushalt müsste auseinandergenommen werden, Kosten sind zu sparen und Summen der Umsetzungen festzustellen. Wie können wir es erreichen, fragte er.

**Herr Böttge** schlussfolgert, man müsse ein Budget vorgeben.

**Herr Born** bemerkte, dass Anträge für Zuweisungen in den letzten Jahren zur Genüge gestellt wurden.

**Frau Renner** antwortete, die Gemeinden Ahlsdorf, Helbra und Hergisdorf haben finanzielle Hilfen / Bedarfszuweisungen im letzten Jahr erhalten.

**Herr Böttge** sagte, die Zuweisungen wurden als Darlehen vergeben und jetzt wurde die Summe von 50% erlassen. Die Zuweisungen sind um in der Gemeinde weiter zu kommen, aber diese werden nie ausgleichen können.

**Herr Born** erwähne nochmals, dass auch sogenannte Bettelbriefe zu Zeiten seines Vorgängers geschrieben wurden.

**Herr Blume** ist der Meinung, in jedem Ausschuss sollte nach dem aktuellen Stand zur Haushaltskonsolidierung nachgefragt werden. Er bat um Abstimmung zur Beschlussvorlage.

**Herr Born** sprach die Variante mit 42,53 v.H. an und fasste zusammen, im Finanzhaushalt wurden Investitionen nochmals auf die Notwendigkeit überprüft und im Stellenplan wurde auf 2 Stellen (Ordnungsamt, Außenvollzug) verzichtet.

**Herr Böttge** brachte den Vorschlag, eine freiwillige 5% Haushaltssperre aufzuerlegen.

**Frau Renner** antwortete darauf, es geht nicht bei jeder Kostenstelle umzusetzen und es muss in einen Beschluss des Verbandsgemeinderates geschrieben werden.

**Herr Tempelhof** und **Herr Born** schlugen vor, dieses Thema in den nächsten Verbandsgemeinderat zu behandeln.

**Herr Born** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage zur Haushaltssatzung 2021.

#### **Beratungsergebnis:**

Der Beschlussempfehlung wurde mehrheitlich zugestimmt.

#### **Beschlussempfehlung des Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschusses:**

*Der Verbandsgemeinderat beschließt*

- 1. Nach Abwägung zur Festsetzung des Hebesatzes der Verbandsgemeindeumlage diese in Höhe von 42,53 v.H. der Umlagegrundlagen zu bemessen und*
- 2. die Haushaltssatzung der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra für das Haushaltsjahr 2021, einschließlich des Haushaltskonsolidierungskonzeptes.*

#### **Abstimmungsergebnis:**

anwesend	:	12
dafür	:	6
dagegen	:	4
Enthaltung	:	2
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:	0

#### **zu 9            Mitteilungen, Anfragen, Anregungen**

Von den Anwesenden wurden folgende Sachverhalte angesprochen:

##### **1. Kita-Beiträge im Lockdown**

**Herr Strobach** fragte nach der Regelung für die Kita-Beiträge im Lockdown.

**Frau Renner** antwortete dazu, weil die Kindertagesstätten und Horte in Sachsen-Anhalt geschlossen sind, bekommen Eltern die Gebühren für Januar 2021 erstattet. Das Land entschädigt die Kommunen, dies hat die Regierung beschlossen. Ausgenommen davon sind Eltern, die die Notbetreuung in Anspruch nehmen.

##### **2. Breitband in den Schulen**

**Herr Tempelhof** wollte wissen, ob in allen Schulen der Breitbandanschluss anliegt.

- **Die Verwaltung wird beauftragt, eine Auskunft zum aktuellen Stand dazu vorzulegen.**

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde um 19:42 Uhr geschlossen.

**zu 12 Bekanntgabe der Beschlussergebnisse des nichtöffentlichen Teiles der Sitzung**

Es wurden keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst.

**zu 13 Schließung der Sitzung durch den Vorsitzenden**

Die Sitzung wurde um 20:10 Uhr durch den **Vorsitzenden** geschlossen.

Norbert Born  
Vorsitzender

Sabine Rathmann  
Protokollführer